Wie viel Heimatschutz braucht Bern?

Kontroverse Seit dem Streit um die Anzeigetafeln in Berns Altstadt ist für viele klar: Die Heimatschützer sind kleinliche Verhinderer. Doch so einfach ist es nicht.

Simon Wälti

Vieles hängt von der Präposition ab: Kämpft der Heimatschutz für oder gegen etwas? Aus seiner Sicht setzt sich der Heimatschutz für die Erhaltung der bedrohten Baukultur ein, sieht sich als Bollwerk gegen die neuzeitliche Verschandelung. Aus Sicht der Gegner verzögert oder verunmöglicht er eine erwünschte Ent wicklung – etwa bei der inneren Verdichtung, bei der Energiewende, bei der Behindertengerechtigkeit oder auch bei der Mobilität. Manchmal werden die Heimatschützer pauschal als Verhinderer dargestellt. Gerade in Onlinekommentaren ist die Meinung vielfach klar. So etwa beim Streit um die Anzeigetafeln von Bernmobil in der unteren Altstadt. Da fielen mit Vorliebe Verdikte wie unverständlich oder absurd. Das Bundesverwaltungsgericht hatte eine Beschwerde von Bernmobil, der Stadt Bern und von Inclusion Handicap abgewiesen und stellte sich damit auf die Seite des Heimatschutzes: Die Anzeigetafeln stören laut Gericht zu stark.

Bernmobil und die Stadt Bern mussten sich vom Gericht vorwerfen lassen, nicht ernsthaft nach Alternativen gesucht zu haben. Bernmobil, die Stadt Bern und Inclusion Handicap verzichteten darauf, ihre abgelehnte Beschwerde weiterzuziehen – mangels Erfolgschancen.

Die Notwendigkeit eines sorgsamen Umgangs mit historischen Bauten, Ortsbildern und Kulturgütern wird nicht grundsätzlich bestritten, doch im konkreten Fall ist man schnell bereit, Bedenken als übertrieben zu bezeichnen. Das Verhinderer-Image, das ihnen anhaftet, nervt die Heimatschützer. Es gehe nicht um das Verhindern, sondern um das Erarbeiten besserer Lösungen. «Es gibt kein Recht auf Verunstaltung eines geschützten Hauses», sagt Luc Mentha, Präsident des Berner Heimatschutzes (BHS) und SP-Grossrat. Mit seinen rund 2200 Mitgliedern ist der BHS die zweitgrösste Sektion des Schweizer Heimatschutzes.

Retten, was zu retten ist

Die Gesetze seien grundsätzlich gut und tauglich, der Vollzug dagegen sei mangelhaft. «Wir intervenieren aber nur dort, wo elementare Grundsätze missachtet werden», sagt Mentha. «Einige Bauherren wollen mit dem Kopf durch die Wand.» 2021 machte der Heimatschutz 46 Einsprachen. Meistens könnten im Dialog mit den Bauherren Kompromisse gefunden werden. 2020 und 2021 seien insgesamt sechs Fälle nach Beschwerden vor Gericht gelangt. In den letzten Jahren habe man kaum je einen Rechtsstreit verloren, so Mentha weiter.

Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) sagt, es gebe eine «hohe Kongruenz» zwischen den Interessen der Stadt und den Anliegen des Denkmalschutzes. Der Berner Heimatschutz sei «lösungsorientiert und moderat bei den Forderungen». Den hohen Schutzstatus der Bundesstadt – etwa auch durch das Unesco-Label – sieht von Graffenried nicht als Hemmschuh, sondern als Vorteil. «Das strahlt aus, allen ist die Wichtigkeit des Denkmalschutzes bewusst, dadurch wird das Konfliktpotenzial kleiner.»

> «Es gibt kein Recht auf Verunstaltung eines geschützten Hauses.»
>
> **Luc Mentha**
> Berner Heimatschutz

Die Konfliktherde in Bern

Trotzdem gibt es in der Stadt Bern Konfliktherde: Die Wohnbaugenossenschaft Fambau etwa möchte im Tscharnergut ein Scheibenhochhaus an der Fellerstrasse 30 abreissen und neu aufbauen, weil die kleinen Wohnungen heutige Anforderungen bezüglich Erdbebensicherheit, Brandschutz und Behindertengerechtigkeit nicht mehr erfüllten. Das Ziel, preiswerte Familienwohnungen in Kostenmiete für moderne Ansprüche anzubieten, lasse sich mit einem Neubau besser erreichen.

Der Heimatschutz widerspricht: Eine sanfte Sanierung des Wohnblocks sei wirtschaftlich tragbar. Mentha führt aber auch ökologische Gründe ins Feld. «Abriss und Neubau produzieren viel mehr schädliche Treibhausgase als eine Sanierung», sagt er. Gegen den Abriss wehrt sich auch die Stadt Bern.

Mit den Eigentümern des Tscharni hatte man einen Kompromiss gefunden, eine teilweise Erweiterung der Scheibenhochhäuser. Dass die Fambau nun Abrisspläne hegt, sorgt bei von Graffenried für eine gewisse Enttäuschung: «Ein Totalabriss steht dem entgegen, was wir gemeinsam entwickelt und abgemacht haben.» Das als schützenswert eingestufte Tscharnergut gilt als pionierhafte Wohnsiedlung der Nachkriegszeit. Nun muss das Verwaltungsgericht den Streit entscheiden.

Bei der Siedlung Meienegg befindet sich der Heimatschutz ebenfalls mit der Wohnbaugenossenschaft Fambau im Konflikt, die die Gebäude abreissen möchte. Die Fambau sagt, die Gebäude seien 70 Jahre alt, verfügten über eine unzureichende Wärmedämmung, und die räumlichen Verhältnisse seien zu knapp. Durch das Projekt soll die Zahl der Wohnungen von heute 270 auf 400 erhöht werden. Die Meienegg ist als erhaltens-, aber nicht als schützenswert eingestuft. Ein Abriss ist darum grundsätzlich möglich, falls die Erhaltung unverhältnismässig wäre und die Neubauten qualitativ hochstehend sind.

Für den Heimatschutz ist unverständlich, dass die Gebäude nicht den Status schützenswert erhalten haben. Dabei habe die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege in einem Gutachten die Aufwertung als «zwingend» erachtet. Die Siedlung stehe am Anfang der Entwicklung von Bümpliz «hin zur grössten Trabantenstadt der Schweiz». Eine sanfte Sanierung sei möglich, und damit könne günstiger Wohnraum für Menschen mit kleinem Einkommen erhalten werden. Die Pläne sind noch in der Projektphase. Später ist auch hier ein Rechtsstreit zu erwarten. Mentha ist überzeugt, dass Wege zur Erhaltung gefunden werden können: «Wir verlangen nichts, was unrealistisch wäre.»

Stadt sucht Kompromiss

Stadtpräsident von Graffenried wiederum setzt sich für einen Kompromiss ein, schon seit Jahren. Es würden weiter Gespräche für einen «Mittelweg» geführt – das heisst, zumindest ein Teil der Häuser soll erhalten bleiben. Ob es zu einer Lösung kommen werde, sei aber ungewiss, sagt von Graffenried. Der Heimatschutz hat – neben weiteren Organisationen – auch eine Einsprache gegen die Umgestaltung des Verkehrsknotens Wankdorf eingelegt. Das Projekt habe verheerende Konsequenzen für das Stadtbild, wertvolle Natur- und Denkmalobjekte, die Biosphäre und die Lebensqualität der Anwohnenden, heisst es in einer Stellungnahme. Es sei nicht einzusehen, warum die historische Baumallee an der Bollingerstrasse zugunsten des Verkehrs «amputiert» werden solle, sagt Heimatschutz-Präsident Mentha.

Bleibt vorerst: Das Geländer am Thuner Aarequai. Foto: Patric Spahni

Umstrittener Abriss: Block an der Fellerstrasse 30. Foto: F. Rothenbühler

Erfolgreich bekämpft: Anzeigetafeln von Bernmobil in der Altstadt von Bern. Foto: Christian Pfander

Verhindert: Das Projekt für den Westast der A5 in Biel. Foto: zvg

Umstrittener Abriss: Die Siedlung Meienegg in Bern. Foto: Adrian Moser

A5-Westast und ein Geländer

In Biel kämpfte der Heimatschutz erfolgreich gegen den geplanten A5-Westast, zusammen mit anderen Organisationen wie VCS oder Pro Velo und vielen Bürgerinnen und Bürgern. Mentha bezeichnet den Heimatschutz als «eine treibende Kraft» hinter dem Widerstand.

In Thun wehrte sich der Heimatschutz gegen den Ersatz des Eisengeländers am Aarequai. Das alte Geländer bleibt nun vorläufig trotz «Korrosionsspuren und allgemeinen Zerfalls» an seinem Platz.

Der Heimatschutz ist aber keineswegs immer auf der Gewinnerseite: Alte Fabrikgebäude der Firma Aebi in Burgdorf in der Nähe des Bahnhofs durften trotz einer Einsprache abgerissen werden. Der Heimatschutz verzichtete «nach einer sorgfältigen Abwägung der Prozesschancen» auf eine Beschwerde. Die Aebi-Hallen standen – obwohl wichtige Zeugen der Industrieschweiz – nicht unter Schutz.

Die angeführten Beispiele zeigen, dass der Denkmalschutz eine starke Waffe ist. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit, denn er ist schon seit Jahren in der Defensive. «Wir befinden uns im Gegenwind», konstatiert Mentha. Der Druck entstehe auch durch die Negativzinsen, diese seien «Doping für die Immobilienbranche». Der Heimatschutz trage den Paradigmenwechsel bei der inneren Verdichtung mit, setze sich für eine identitätsstiftende Verbindung von neuer und alter Bausubstanz ein, wehre sich aber gegen reine Renditebauten auf grüner Wiese.

Das abgespeckte Inventar

2016 beschloss der Grosse Rat, das Inventar der geschützten Bauten zu reduzieren. Die Denkmalpflege überprüfte 25'000 Gebäude und entfernte deren 11'000 aus dem Inventar. Viele Gebäudegruppen wurden gestrichen, was in ländlichen Gebieten zum Beispiel Weiler betrifft. Es kamen aber auch rund 500 Objekte neu dazu, wie die kantonale Denkmalpflegerin Tatiana Lori erklärt. Die Denkmalpflege gehe auf die einzelnen Objekte ein und biete Hand zu praxistauglichen Lösungen, so Lori. «Bestehende Gebäude sollen weiter genutzt werden. Das Nutzen ist der beste Schutz.» Der sorgsame Umgang mit der Bausubstanz sei zentral.

Mit dem Heimatschutz führe man regelmässige Gespräche, auch auf der Stufe der Bauberatung. «So lässt sich sicherstellen, dass in der Praxis die gleichen Massstäbe angewendet werden», sagt Lori. Bei der Beurteilung erhaltenswerter Gebäude bilde der Heimatschutz eine wertvolle Ergänzung.

Die gestörte Harmonie

Die Stadt hat ihr Inventar bereits vor dem Kanton um rund ein Viertel reduziert. Die aufwendige Arbeit mündete in hart erarbeitete Kompromisse. Stadt und städtische Denkmalpflege waren mit den Resultaten sehr zufrieden, wie von Graffenried erklärt. «Dem Heimatschutz gingen die Streichungen zu weit, dadurch wurde die Harmonie auf die Probe gestellt.» Auch im ländlichen Raum bestehen Differenzen. Hans Jörg Rüegsegger, Präsident des Berner Bauernverbandes, sagt jedoch, es sei durchaus möglich, mit dem Heimatschutz Lösungen zu finden, etwa bei Fotovoltaikanlagen. Bei Bauvorhaben im ländlichen Raum werde die Mehrzahl der Meinungsverschiedenheiten aber mit Gremien wie dem Amt für Gemeinde und Raumordnung (AGR) und der Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder (OLK) ausgefochten.

Je nachdem setzt der SVP-Grossrat auch politischen Druck auf. Bei der geplanten Sanierung des Gymnasiums Neufeld in Bern stimmte der Grosse Rat zwei Anträgen zu: Alle Dachflächen sollen wenn möglich mit einer Solaranlage belegt werden, und beim Nebengebäude, das abgerissen wird, soll das Areal besser ausgenutzt werden. Adrian Haas, Präsident des Hauseigentümerverbandes Bern und Umgebung sowie bis Ende Mai noch FDP-Grossrat, empfand den Widerstand gegen die Anzeigetafeln mit Leuchtschrift als «etwas kleinlich». Aus Sicht des Hauseigentümerverbandes gebe es aber keine grösseren Probleme mit dem Heimatschutz. «Ich nehme den Heimatschutz nicht so wahr, dass er Fundamentalopposition betreibt», sagt er. Einigungen seien möglich.

> «Ein Totalabriss steht dem entgegen, was wir gemeinsam entwickelt und abgemacht haben.»
>
> **Alec von Graffenried**
> Berns Stadtpräsident zur Fellerstrasse 30

Auf kantonaler Ebene sei wichtig, dass die kantonale Denkmalpflege das Inventar reduziert habe und Prioritäten setze. Der Einfluss der Denkmalpflege innerhalb der Baubewilligungsverfahren bleibe aber gross. «Die Stellungnahmen der Denkmalpflege liefern Munition für allfällige Beschwerdeführer», sagt Haas.

Der HEV Bern und Umgebung wird nach eigenen Angaben nicht mit Reklamationen von Hausbesitzern über die Unnachgiebigkeit der Heimatschützer überhäuft. Es gebe sogar die umgekehrte Sorge: Liegenschaftsbesitzer, die befürchten, dass durch die innere Verdichtung die Nachbarn ausbauen könnten. Die Verdichtung kann auch Nachbarschaftskonflikte auslösen.

Badis mieten Security-Kräfte als Badeaufsicht

Viele Besucher, fehlende Bademeister Das schöne Wetter bringt Badis in Bedrängnis: Es fehlt an Aufsichtspersonal. Deshalb springen nun Sicherheitsdienst-Mitarbeitende ein.

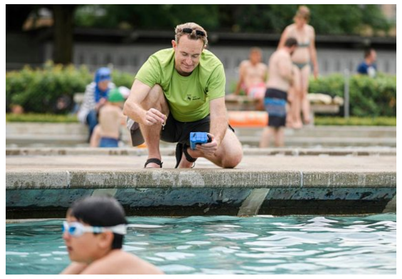
Dirk Mewes wacht über das Becken im Marzili-Freibad. Seiner Kleidung nach handelt es sich bei ihm um eine «normale» Badeaufsicht. Doch Mewes arbeitet eigentlich als Projektleiter für die NPS 24 AG, eine in Ostermundigen ansässige Security-Firma. Er hat vor kurzem das Brevet der Schweizerischen Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) absolviert und springt nun als Badeaufsicht ein. Damit ist er nicht der Einzige im Sicherheitsunternehmen: «Wir stehen dem Sportamt Bern derzeit mit 150 bis 200 Stellenprozent zur Verfügung.»

Warum mischen Sicherheitsdienst-Mitarbeitende im Marzili plötzlich als Badeaufsichten mit? Weil der Mangel an Fachpersonal dieses Jahr wegen der Pandemie akut ist. «Während Corona haben viele aufgrund von Personenbeschränkungen und geschlossenen Hallenbädern das benötigte Brevet nicht absolvieren können», erklärt Markus Gasser, der beim Sportamt den Bereich Anlagen Eis und Wasser leitet. Zudem fänden die Prüfungen an den Hochschulen immer später statt, sodass Studierende Anfang Saison noch nicht ihrem Sommerjob nachgehen können.

Rent a Bademeister

Das war bereits vor der Saisoneröffnung klar. Deshalb hat das städtische Sportamt im Vorfeld eine Lösung aufgegleist. «Während der Pandemie standen unsere Security-Mitarbeitenden für die Zertifikatskontrolle in den Bädern im Einsatz», erklärt Dirk Mewes. So entstand die Idee für das Pilotprojekt «Rent a Bademeister»: Die Security-Firma leiht dem Sportamt über die Sommermonate gelegentlich ihre Mitarbeitenden aus.

Auf Firmenkosten absolvierten dafür mehrere Mitarbeitende die Ausbildung bei der SLRG – auch Mewes, der bestätigt: Die körperlichen Anforderungen sind nicht zu unterschätzen. «Eigentlich sollten wir nur an Spitzentagen aushelfen, der Mangel an Badeaufsichten ist aber so ausgeprägt, dass wir nun regelmässig im Einsatz stehen werden». Dies, obwohl die Firma selbst händeringend nach Mitarbeitenden sucht. «Es ist auch ein Kraftakt für uns.» Trotzdem lohne sich die Investition. «Wir werden dadurch als Unternehmen attraktiver», ist sich Mewes sicher. Die Firma agiert in diesem Fall also als Personalvermittler, die Lohnkosten übersteigen laut Mewes jene einer herkömmlich angestellten Badeaufsicht nicht.



Ad-hoc-Aufseher Dirk Mewes kontrolliert das Wasser. Foto: Susanne Keller

Krux des Saisonjobs

Derzeit sind die Sicherheitsdienst-Mitarbeiter nur auf städtischem Boden im Einsatz. Doch auch andere Bäder im Kanton Bern hätten die Unterstützung dringend nötig: «Wir können eine von ursprünglich drei freien Stellen seit drei Monaten nicht besetzen», sagt Chefbademeister Christoph Hiltbrunner vom Schwimmbad Ostermundigen. Zwar könne man die Situation derzeit noch stemmen, doch dafür müssen die Angestellten mehr Präsenz an den Tag legen. Um die Akutsituation zu entschärfen, sehe man sich nach einem Drittanbieter um. «Es scheint derzeit realistischer zu sein, über diesen Weg zu einer Fachkraft zu kommen», so Hiltbrunner.

> «Wenn man nach vier Monaten wieder auf der Strasse steht, ist das nicht attraktiv.»
>
> **Markus Enz**
> Geschäftsführer des Verbands für Hallen- und Freibäder (VHF)

Die Badiszene ächzt also unter dem Personalmangel – schweizweit. Zwar wurde dieser durch Corona noch angeheizt, er bestand aber auch schon davor: Der Beruf verlangt eine grosse Verantwortung und viel Flexibilität. «Die Leute arbeiten nicht mehr gerne am Wochenende», stellt Markus Gasser vom Sportamt fest. Und: «Wenn man nach vier Monaten wieder auf der Strasse steht, ist das nicht attraktiv», ergänzt Markus Enz, Geschäftsführer des Verbands für Hallen- und Freibäder (VHF). Deshalb seien die Arbeitgebenden gefordert, den Bademeisterinnen und Bademeistern eine Lösung für den Winter zu organisieren, beispielsweise eine Anstellung in einer Eishalle. Jene Betriebe, die eine solche ganzjährige Anstellung anbieten können, hätten den Mangel bereits auffangen können.

Neue Lehre geplant

Neben besseren Anstellungsbedingungen will man aber auch bei den Ausbildungsmöglichkeiten ansetzen: Zusammen mit anderen Verbänden hat der VHF seit zehn Jahren an einer Lehre getüftelt, die ab August 2023 angeboten wird. Die Berufslehre zu Fachmann / Fachfrau Betriebsunterhalt EFZ mit Fachkompetenz Sportanlagen soll wieder für mehr Nachwuchs sorgen und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Und auch das Berner Sportamt setzt bei der Ausbildung an. «Wir wollen künftig Coachings anbieten, bei denen unsere Schwimminstruktoren mit Interessierten trainieren können», erklärt Markus Gasser. Denn wer Bademeisterin werden will, muss auf jeden Fall einiges mitbringen: «Eine gewisse Fitness, Freude an der Schwimmszene, Sozialkompetenz und gute Teamplayer sind gefragt», bringt es Markus Gasser auf den Punkt.

Simone Klemenz

Atupri kämpft gegen den Kostenschub

Höhere Prämien Berner Krankenkasse verneint Übernahme.

Die Corona-Pandemie kommt Atupri teuer zu stehen. Während der Pandemie verschobene Behandlungen werden nachgeholt. Dieser Effekt sowie das Versichertenwachstum auf Anfang 2021 sind die Hauptgründe dafür, dass der Versicherungsaufwand beim Berner Gesundheitsversicherer letztes Jahr um satte 10 Prozent auf 771,7 Millionen Franken gestiegen ist. Der Trend halte an, die Kosten würden weiter steigen, sagt Alfred Amrein, Leiter Finanzen und Services. Branchenkennende gehen davon aus, dass die Prämien nächstes Jahr um 5 Prozent oder mehr steigen. Auch bei Atupri werde es einen Aufschlag geben, sagt Amrein. Eine Zahl könne er aber noch nicht nennen.

Auf Anfang 2022 ist die Zahl der Versicherten leicht geschrumpft, um 1 Prozent in der Grundversicherung und um 0,7 Prozent insgesamt. Mit gut 212'000 Versicherten, davon 194'000 in der Grundversicherung, liegt Atupri je nach Vergleich zwischen Rang 8 und 10 der grössten Krankenversicherer der Schweiz.

Die ehemalige Krankenkasse der SBB feiert dieses Jahr ihr 20-Jahr-Jubiläum. Spekulationen zu einer Übernahme durch Berns grösste Krankenkasse Visana, wie sie das Portal «Inside Paradeplatz» Ende 2021 kolportiert hatte, tritt Amrein entgegen. «In der Branche führen wir regelmässig Gespräche mit anderen Krankenkassen, auch über mögliche Kooperationen, aber eine Fusion oder Übernahme ist für Atupri derzeit kein Thema», sagt er. Mit der Übernahme hätte Visana, die sich zu den Gerüchten nicht äusserte, ihre Stellung als Nummer sechs der Schweiz und grösste Berner Krankenkasse gefestigt. Atupri sieht sich aber für eine eigenständige Zukunft gerüstet.

Die Finanzstärke bezeichnet der Finanzchef als sehr gut. Die für die Reserven massgebende Kennzahl, die Solvenzquote, betrage im 2021 rund 185 Prozent. Bei 100 Prozent erfüllen die Krankenversicherer die Eigenkapitalanforderungen. Das heisst, sie können ihren Verpflichtungen auch nach einem sehr schlechten Jahr nachkommen, also die Leistungen der Versicherten bezahlen. Der Bund drängt die Krankenkassen dazu, hohe Reserven abzubauen, um damit die Prämienentwicklung zu dämpfen.

Atupri hat im Gegensatz zu anderen Versicherern keine Reserven eingesetzt, um die Prämien zu drücken. Und sie wird dies auch für 2023 nicht tun, wie Amrein sagt. Er verweist darauf, dass schon nur ein Kursverlust bei den Finanzanlagen von 5 Prozent einen Rückgang der Solvenzquote um 20 bis 25 Prozentpunkte zur Folge habe.

Im vergangenen Jahr hat sich der Gewinn von Atupri auf 23,7 Millionen Franken praktisch halbiert. Versicherungstechnisch fiel das Ergebnis ausgeglichen aus. Höhere Kosten verursachten neben den gestiegenen Leistungen auch Ausgaben für die Digitalisierung. Atupri lancierte im vergangenen Herbst «SmartCare», das erste volldigitale Grundversicherungsmodell in der Schweiz. Wer ein medizinisches Anliegen hat, erhält dabei per Symptomanalyse via App Informationen und professionelle Betreuung. Bei Bedarf erfolgt danach eine persönliche Beratung in der Praxis oder eine ärztliche Beratung per Video oder Telefon.

Julian Witschi

Zölch akzeptiert Gefängnisstrafe wegen Betrug

Kein Weiterzug Der frühere Medienjurist Franz A. Zölch wurde wegen seriellen Betrugs zu vier Jahren und fünf Monaten Gefängnis unbedingt verurteilt, nachdem er jahrelang Freunde und Bekannte getäuscht hatte, um über sie zu Geld zu kommen. Nun verzichtet der 73-Jährige darauf, das Urteil des Berner Obergerichts ans Bundesgericht weiterzuziehen, wie die «Sonntags-Zeitung» berichtet. Sein Anwalt Martin Gärtl sagt: «Franz Zölch zieht das Urteil nicht weiter, und zwar aus gesundheitlichen Gründen. Er hat nicht die Kraft, einen weiteren Prozess durchzustehen. Gesund werden und gleichzeitig prozessieren geht nicht zusammen.» Damit ist das Urteil des Berner Obergerichts rechtskräftig geworden. Auch die Staatsanwaltschaft akzeptiert es. Es ging von einer Deliktsumme von 623 000 Franken aus.

Ob Zölch seine Haftstrafe wirklich antritt, ist offen. Anwalt Martin Gärtl sagt, sein Mandant sei aus gesundheitlichen Gründen «im Moment nicht haftersteh ungsfähig». Offen bleibt damit, ob der an Nierenkrankheit leidende Zölch um Haftverschonung ersuchen wird. *(red)*